

AZB
CH-8031 Zürich
P.P. / Journal

Postcode 1

Adressänderungen melden an:
GSoA, Postfach, 8031 Zürich
adressen@gsa.ch

GSoA

GSoA-Zitig Mai 2008 Nr. 134

Informationen und Anregungen der Gruppe für eine Schweiz ohne Armee **GSoA**



Gelebte Zivilcourage

Armeeewaffen im Zeughaus deponiert

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser der GSoA-Zitig,

Die GSoA hat in den letzten Wochen einmal mehr unter Beweis gestellt, dass sie initiativfähig ist. Innert weniger Monate haben wir bereits **gegen 30'000 Unterschriften für die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt»** gesammelt. Das ist ein Drittel aller bisher zusammengekommenen Unterschriften und schon deutlich mehr als die versprochene GSoA-Quote. Allen ein herzliches Dankeschön, die sich für diese Initiative einsetzen!

Ab Juni wird die Sammelmaschinerie der GSoA auf Hochtouren laufen. Die Vollversammlung hat Ende März die **Lancierung der Volksinitiative «gegen neue Kampfflugzeuge»** beschlossen. Um die Initiative fristgerecht vor der parlamentarischen Behandlung des Geschäftes einreichen zu können, möchten wir die Unterschriften innerhalb eines Jahres zusammenbringen. Dafür sind wir auf **Deine Unterstützung angewiesen**. Wie Du Dich gegen die Verschwendung von mehreren Milliarden Steuerfranken für unnötige Kampfjets einsetzen kannst, erfährst Du auf der Rückseite dieser Zeitung. Die wichtigsten Argumente gegen neue Kampfjets kannst Du auf den Seiten 3 und 4 nachlesen.

Die letzten Herbst von der GSoA eingereichte Initiative **«für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten»** hat bereits einige Wirkungen erzeugen können. Der Kriegseinsatz von Pilatus-Fliegern im Tschad hat den Bundesrat zu Zugeständnissen gezwungen. Auf Seite 5 kannst du nachlesen, wie er Gesetzeskosmetik betreiben will.

Pilatus-Chef Oscar J. Schwenk liess in den letzten Wochen wirklich kein Fettnäpfchen aus. Während sich die Welt über die Repression in **Tibet** empörte, polterte Schwenk, durch die geplanten Gesetzesverschärfungen dürfe er seine Flieger nicht einmal mehr nach China liefern. Mehr dazu auf Seite 7, wo ausserdem Ashin Koviada, Generalsekretär der europäischen Sektion der Internationalen Organisation burmesischer Mönche, über die politische Lage in **Burma** berichtet. Übrigens: auch die burmesische Militärjunta setzte schon Pilatus-Flugzeuge gegen die eigene Bevölkerung ein.

Wir wünschen eine informative, anregende und unterhaltsame Lektüre

Für das Redaktionsteam: Felix Birchler

BEWILLIGUNGSPFLICHT FÜR UNTERSCHRIFTENSAMMLUNGEN

Kanton gibt GSoA Recht, Stadt rekuriert

Der Rechtsstreit GSoA gegen Stadt St.Gallen geht eine Runde weiter. Der Kanton gab der GSoA vollumfänglich Recht. Die Stadt rekurierte dagegen beim Verwaltungsgericht des Kantons St.Gallen.
Von Felix Birchler

Sicherlich ist es vermessen, oder geradezu blasphemisch, die St.Galler Asyl-Hardlinerin Karin Keller-Sutter (FDP) gleich zur «Schutzpatronin der GSoA» (St.Galler Tagblatt) auszurufen. Doch der Entscheid, welchen ihr Sicherheits- und Justizdepartement am 19. Februar bekanntgab, bestätigte unmissverständlich die Haltung der GSoA in der Auseinandersetzung mit der Stadt St.Gallen um deren Bewilligungspflicht für Unterschriftensammlungen. Die Stadt St.Gallen schränkte das Sammeln auf bestimmten Plätzen in der Innenstadt auf 6mal pro Monat ein und rechtfertigte dies mit der nötigen polizeilichen Koordination von verschiedenen Anlässen, der Talkesselage von St.Gallen und anderen Ausflüchten. Dazu der Entscheid des Sicherheits- und Justizdepartementes: «Im Gegenteil ist es Einzelpersonen und Kleingruppen grundsätzlich unbenommen, täglich auf öffentlichem Grund für ihre politische Anliegen

Unterschriften zu sammeln.» Der Entscheid hält fest, dass ein Sammeln für Kleingruppen (bis ca. 10 Personen) ohne Stand nicht bewilligungspflichtig ist. Die städtische Praxis wonach für einige Plätze in der Innenstadt eine Bewilligungspflicht für Unterschriftensammlungen besteht, sei nicht verfassungskonform.

Nächste Instanz: Verwaltungsgericht

Der St.Galler Stadtrat mochte sich mit diesem Urteil nicht abfinden und hat mittlerweile Rekurs beim Verwaltungsgericht eingereicht. Argumentativ enthält der Rekurs nichts wirklich Neues. Wieder wird auf den vermeintlichen Platzmangel verwiesen, der schon bei der Vorinstanz als nicht den Tatsachen entsprechend entlarvt wurde. Ansonsten wird vor allem auf formaljuristischen Fragen herumgeritten. Stellenweise zeigt die Wortwahl des Rekurses deutlich, welche Zerrbilder vom Unterschriftensammeln beim Stadtjuristen im Kopf rumgeistern: So heisst es etwa, den Passanten dürfe durch die Unterschriftensammler kein «Spiessruten-Laufen» zugemutet werden. Es ist zu hoffen, dass sich das St.Galler Verwaltungsgericht ausschliesslich an den Fakten orientiert und den Entscheid des Sicherheits- und Justizdepartementes eindeutig bestätigt.

ARMEEWAFFEN

Im Zeughaus deponiert

In Zürich und St.Gallen sind insgesamt elf Soldaten und zwei Wachtmeister einem Aufruf der GSoA gefolgt und haben ihre Waffe im Zeughaus deponiert. Damit erhöhen die Armeeehörigen zusammen mit der GSoA den Druck auf das VBS.
Von Patrick Angele

Auf einen GSoA-Aufruf zur kollektiven Waffenabgabe meldeten sich über 80 Soldaten aus der ganzen Schweiz. Die ersten dreizehn Männer haben in Zürich und St.Gallen mittlerweile ihre persönliche Armeewaffe in den Zeughäusern deponiert, obwohl es in diesen Kantonen offiziell noch nicht erlaubt ist, die Waffe zu hinterlegen. Die Zeughäuser, zunächst etwas verwirrt und dann ein wenig wütend, mussten die Waffen widerwillig entgegennehmen. Sie wurden vom Militärpersonal als «vorübergehend juristisch konfisziert» im Zeughaus behalten. Diese Aktionen zeigen deutlich: nicht nur so genannte ArmeeschafflerInnen wollen die Armeewaffe im Zeughaus wissen, sondern auch aktive Soldaten.

Rekurs an den Regierungsrat

Die fünf Soldaten aus Zürich haben auf ihre eingereichten Hinterlegungsgesuche für Armeewaffen allesamt eine Ablehnung durch das Kreiskommando erhalten. Begründung: Die Armeewaffe sei bei ihnen zuhause sicher und dürfe deshalb nicht im Zeughaus gelagert werden. Gegen diese unsinnige Verfügung legten alle fünf Soldaten Rekurs beim Regierungsrat des Kantons Zürich ein. Es bleibt mit Spannung abzuwarten wie die politische Instanz nun entscheiden wird. Die St.Galler Soldaten haben bis zum Redaktionsschluss noch keine Verfügung erhalten.

Die Durchführung der Waffenabgabeaktionen stiess auf grosses Medieninteresse. So gross, dass ein erboster Bürger beim Ombudsmann der SRG, Achille Casanova, eine Eingabe machte. Er behauptete, dass die Mehrfachnennung der GSoA in den Nachrichten von Radio DRS konzeptionswidrig sei. Doch Casanova entlastete die Redaktion. Der Aktion sei eine grosse öffentliche Bedeutung zugekommen und somit sei die Berichterstattung korrekt gewesen.

BERNER OSTERMARSCH 2008

500 Friedensbewegte trotzten dem Schnee

Fünfzig Jahre nach dem ersten Ostermarsch in Grossbritannien fand am 24. März in Bern der Ostermarsch 2008 statt. Auch dieses Jahr gehörte die GSoA neben kirchlichen und weiteren friedenspolitischen Gruppierungen zu den OrganisatorInnen.
Von Nina Regli

Es waren die kältesten und schneereichsten Ostertage seit Jahren. 500 Friedensbewegte trotzten Kälte und Schnee und nahmen am Ostermarsch teil. Er stand unter dem Motto «Gerechtigkeit schafft Sicherheit – Für den Schutz vor Waffengewalt». Zur Begrüssung im Eichholz rief die GSoA-Aktivistin Louise Schneider dazu auf, die Hoffnung angesichts der weltweiten Militarisierung nicht aufzugeben und weiter zu kämpfen. An der Abschlusskundgebung auf dem Münsterplatz wies Alt-Nationalrätin Rosmarie Zapfl darauf hin, dass die Schweiz aufgrund ihres laschen Waffengesetzes eine der höchsten Suizidraten weltweit habe. Marianne Huguenin, Stadtpräsidentin von

Renens, rückte die aktuellen Sicherheitsdiskussionen in den Vordergrund und betonte, wie gefährlich die Ausgrenzungen und Stigmatisierungen von Jugendlichen und Menschen mit Migrationshintergrund seien. Nur allzu oft werden alle Menschen des Herkunftslandes eines Täters pauschalisierend als gewaltbereit verdächtigt, wohingegen Tötungsdelikte mit Armeewaffe meist als Einzelfall eines Verrückten dargestellt werden, so Huguenin. Schliesslich zeigte Reto Rufer von Amnesty International den Zusammenhang zwischen globalem und schweizerischem Kleinwaffenhandel auf. Die Schweiz setze sich zwar für eine striktere internationale Kontrolle des Waffenhandels ein, sperre sich aber dagegen, im eigenen Land ein strengeres Waffengesetz einzuführen. Das untergrabe ihre Glaubwürdigkeit, so Rufer. Zum Abschluss der Kundgebung sorgten die Rapperinnen Steff la Chef und Lagalle mit ihren politischen Songs für gute Stimmung, wobei dankbar auch gleich die eingefrorenen Glieder warm getanzt werden konnten.



GSOA-VOLLVERSAMMLUNG

Lancierung der Initiative gegen neue Kampfflugzeuge beschlossen

Ab Juni sammelt die GSoA Unterschriften für ein Beschaffungsmoratorium.
Von Rahel Ruch

Während die PR-Leute der Rüstungsfirmen in Bern PolitikerInnen und Mittelmänner zum Apéro einladen, um ihr Kampfflugzeug anzupreisen, traf sich die GSoA Ende März in Solothurn. Die Vollversammlung stand ganz im Zeichen des Einsatzes gegen neue Kampfflugzeuge. In temperamentvoller Stimmung lancierten die GSoAtinnen und GSoAten das Projekt und lieferten sich spannende Diskussionen um den Initiativtext. Nach vielen engagierten Voten wurde beschlossen, dass mit der Initiative ein 10-jähriges Moratorium für die Beschaffung von Kampfflugzeugen in die Verfassung geschrieben werden soll. Das bedeutet, dass

die Schweiz bei Annahme der Initiative vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2019 keine Kampfflugzeuge beschaffen darf. Die geplante Verschleuderung von Steuermilliarden – mit Unterhalt und Aufrüstung zwischen 6 und 7 Milliarden Franken – bewegt die Gemüter. Seit dem Lancierungsentscheid der GSoA wird in den Schweizer Medien regelmässig über die Beschaffung berichtet. Für Interesse ist also gesorgt, unsere Vorbereitungen laufen auf Hochtouren und wir freuen uns, im Juni mit der Unterschriftensammlung beginnen zu können! Meldet euch schon jetzt bei uns und helft mit, möglichst schnell möglichst viele Unterschriften gegen den unsinnigen Kauf zu sammeln!

Mehr Informationen auf www.keine-kampfflugzeuge.ch.



GSoA-Vollversammlung in Solothurn

NEUE KAMPFJETS

Wie viele dürfen's denn sein?

2,2 Milliarden Franken dürfen die neuen Kampfflugzeuge laut Bundesrat Samuel Schmid kosten. Dafür bekommt man aber nicht 33 neue Jets.
Von Reto Moosmann

Seit 2003 macht sich die Luftwaffe Gedanken zur geplanten Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen und versucht, diese als sicherheitspolitische Notwendigkeit darzustellen: In Krisensituationen müsse die Schweizer Luftwaffe während zwei Monaten rund um die Uhr im Einsatz stehen können. Dafür brauche sie insgesamt 66, also 33 neue, Kampfflugzeuge, sagte Luftwaffenchef Markus Gyax am 16. Juli 2007 gegenüber der NZZ. Damit krebste Gyax gegenüber früheren Aussagen von Walter Knutti, dem Kommandanten der Schweizer Luftwaffe zurück, der davon gesprochen hatte, dass die Schweizer Luftwaffe während drei Monaten einen 24-Stundenbetrieb aufrechterhalten können müsse. Dafür wären nach den Berechnungen des VBS insgesamt rund 100 Flugzeuge nötig gewesen.

Die ganze Kostenwahrheit

Offenbar braucht es nun nicht einmal mehr

33 neue Kampfflugzeuge. Bundesrat Samuel Schmid erklärte am 22. April anlässlich der Demoex in Payerne (mit Demoex präsentiert sich die Armee den Medien und Politikern «praktisch und praxisnah»), die Neuanschaffung dürfe 2,2 Milliarden Franken kosten und: «Ich gehe davon aus, dass das dann etwas über 20 Flugzeuge geben könnte.» Damit könnte die Schweizer Luftwaffe dann noch etwa während 6 Wochen nonstop in der Luft sein. Von drei Monaten auf zwei, von zwei auf etwas mehr als eineinhalb. Das zeigt: Offensichtlich hat die Armee kein seriöses sicherheitspolitisches Konzept, aus dem sich ein Bedarf an neuen Kampfflugzeugen ableiten liesse.

So oder so: Selbst wenn die neuen Donnervögel bei der Beschaffung «bloss» 2,2 Milliarden Franken kosten würden, ist das nur die halbe Kostenwahrheit. Die F/A-18-Beschaffung hat gezeigt, dass in den Folgejahren nochmals Ausgaben für Unterhalt sowie Auf- und Nachrüstungen in Milliardenhöhe getätigt werden müssen. Bis heute hat uns die F/A-18-Flotte mit über 6 Milliarden mehr als das Doppelte des Beschaffungspreises gekostet. Auch die neuen Kampfjets würden uns also mindestens 6 Milliarden Franken Steuergelder kosten. Sinnlos viel Geld für ein unsinniges Beschaffungsprojekt.

FLUGZEUGWÜNSCHE DER ARMEE

Nein zum neuerlichen helvetischen Rüstungsbarock

Neue Kampfflugzeuge machen die Schweiz nicht sicherer. Stattdessen würde sie sich der globalen Aufrüstungswelle anschliessen und die Hürden für NATO-Operationen senken. Von Josef Lang

Im Jahr 2006 wurden weltweit über 1 200 000 000 000 Dollar für Militär, Rüstung und Krieg ausgegeben: 37 Prozent mehr als noch vor zehn Jahren. Zwanzig mal weniger, rund 60 Milliarden Dollar, würde es brauchen, um die Armut auf der Erde zu halbieren. Die Welt gibt heute für Rüstungsgüter und Militär mehr aus, als zu den Hochzeiten des sogenannten «Rüstungsbarocks» im Kalten Krieg.

Militärische Annäherung an die NATO

Mit der Beschaffung von neuen Kampfflugzeugen würde sich die Schweiz der globalen Aufrüstungswelle anschliessen. Die neuen Kampfflugzeuge würden den militärischen Anschluss an die NATO, welche seit 1999 von einem atlantischen Defensiv- zu einem globalen Offensivbündnis mutierte, erleichtern. Dafür gibt es klare Hinweise: In der halbinternen Zeitschrift «Air Power Revue» wird der Einsatz von eidgenössischen Kampfflugzeugen in sogenannten «Friedensoperationen» offen diskutiert. Luftwaffenplaner Daniel Grünenfelder: «Eine Staffel Kampfflugzeuge mit relativ wenigen Präzisionswaffen und Zusatzgeräten bildet eine Vollkompetenz für eine robuste Friedensunterstützungsmission.»

Und auch wenn diese Einsatzvariante aus politischem Kalkül momentan etwas tiefer gestapelt wird, sind solche Szenarien ernst zu nehmen. Luftwaffenchef Walter Knutti verglich im September 2007 das Verhältnis der Schweizer Luftwaffe zur NATO mit dem Verhältnis der Schweizer Wirtschaft zur EU. Die Schweiz solle gemeinsam mit der NATO den «Erdkampf» üben, so Knutti. Macht es denn Sinn, mit der NATO den Erdkampf zu üben, wenn man nicht vorhat, ihn gemeinsam mit der NATO auch auszuführen?

Bekanntlich hat die Schweizer Luftwaffe in den neunziger Jahren auf die Fähigkeit, Bomben abzuwerfen, verzichtet. Die neuen Jets sollen nun auch Bomber sein. Die Fähigkeit, Bo-

denziele zu treffen, macht über inländischem Boden jedoch definitiv keinen Sinn.

Einwände gegen die Luftpolizei

Das häufigste Argument, von dem militärische Kreise in den Medien Gebrauch machen, um die Notwendigkeit des Kaufs zu rechtfertigen, ist die so genannte Luftpolizei zur Wahrung der Souveränität in der Luft. Dagegen spricht allerdings einiges: Die Luftraumüberwachung geschieht grundsätzlich am Radar und nicht durch Kampfflugzeuge der Luftwaffe.

Und selbst wenn man davon ausgeht, es brauche gegen einen möglichen «Bad Guy» (Zitat Keckeis), der ungebeten in den eidgenössischen Luftraum eindringt, den Einsatz eines Kampfflugers, hat es mit den F/A-18 genug davon. Der schweizerische Luftpolizeistaat ist bereits heute mehr als doppelt so dicht wie der schwedische, dreimal dichter als der österreichische und viermal dichter als der finnische, der ebenfalls über F/A-18 verfügt. Zudem: Der wahrscheinlichste «Bad Guy», der sich gegenüber dem schweizerischen Luftraum respektlos verhalten könnte, sind die USA. Wie hat die Schweiz reagiert auf die illegalen Folter-Überflüge der CIA? Indem sie im Januar 2006 die Überflugsbewilligung verlängerte, wie wenn nichts geschehen wäre!

Dazu kommt, dass der illegale Überflug eines modernen Luftkriegsmittels, einer Langstreckendrohne oder eines Luftüberlegenheitsjägers, sich wegen deren «Tarnkappen»-Charakteristik durch die Verifikationsmittel anderer Staaten kaum noch erwischen lässt. Die Illusion, der zukünftigen technischen Entwicklung finanziell gewachsen zu sein, führt zum gleichen Wahnsinn wie bei den Mirages in den frühen 60er Jahren.

Gerade der 11. September 2001 bewies, wie schwer terroristische Angriffe festzustellen und erst recht zu verhindern sind. Zudem: Wer meint, Terroristen würden es wieder gleich machen wie damals, unterschätzt einerseits deren Intelligenz und überschätzt andererseits deren heutige Logistik. Wer die Gefahr des Terrorismus ernst nimmt, der verweigert sich dem unsinnigen «war on terror», der beliefert dessen Akteure auch nicht mit Waffen und der stellt sofort die AKW ab.

NEUE KAMPFFLUGZEUGE SIND...

- ... **friedenspolitisch verheerend:** Mit dieser Beschaffung dreht die Schweiz weiter an der weltweiten Aufrüstungsspirale.
- ... **sicherheitspolitisch unsinnig:** Schon jetzt hat die Schweiz mit ihren 33 F/A-18 eine überdimensionierte Luftwaffe – neue Kampfflugzeuge sind schlicht nicht zu rechtfertigen.
- ... **finanzpolitisch wahnsinnig:** Während überall am Sozialstaat gespart wird, sollen für 6-7 Milliarden Franken neue Kampfjets gekauft werden.
- ... **umweltpolitisch katastrophal:** Der CO₂-Ausstoss und der Lärm neuer Flugzeuge verschmutzen unsere Umwelt ohne Sinn und Zweck.

INITIATIVE GEGEN NEUE KAMPFJETS

Kulturschaffende gegen Kampfflugzeuge

Die GSoA-Zitig hat Kulturschaffende um ein Statement gegen neue Kampfflugzeuge angefragt – eine Auswahl der Antworten wird hier publiziert. Wie absurd der Beschaffungsplan des VBS ist, widerspiegeln die klaren Aussagen der KünstlerInnen. Wir freuen uns auf weitere Statements an bern@gsoa.ch.



Christine Lauterburg, Musikerin/Schauspielerin:
«Lieber mehr Geld für Kultur, Frieden und Freude als für Kampffjets! Kein Mensch will und braucht den Krieg, schon der Gedanke daran ist zu viel!»



Peter Stamm, Schriftsteller:
«Ich kann mir keine Bedrohungslage vorstellen, in der die Schweiz auf eine Luftwaffe angewiesen ist. Gerade ein kleines Land wie die Schweiz hat die Chance ein Beispiel für die Welt zu geben und statt in Kriegsmaterial in Friedensförderung und Entwicklungszusammenarbeit zu investieren.»



Pedro Lenz, Schriftsteller:
«Hinge die Existenz meiner Heimat von der Beschaffung weiterer Kampfflugzeuge ab, dann wäre dies nicht mehr meine Heimat.»



Dimitri, Clown:
«Ich bin gegen jegliche Armee und gegen jede Kampfhandlung. Wir sollten endlich lernen, Konflikte anders zu lösen oder, noch besser, zu vermeiden. Nun haben wir in der Schweiz halt eine Armee und ich probiere, ihre positiven Seiten zu sehen. Aber für die nützlichen Einsätze, die sie auch leistet, braucht sie keine Kampfflugzeuge. Deshalb bin ich vehement gegen die Beschaffung neuer Kampffjets.»

EUROFIGHTER-SKANDAL

Die teuerste Form der Fotografie

Als österreichischer Nationalratsabgeordneter sowie friedens- und sicherheitspolitischer Sprecher der Grünen leitet Peter Pilz den parlamentarischen Untersuchungsausschuss, welcher in unserem Nachbarland den Skandal um die Beschaffung von Eurofighter-Kampffjets aufgedeckt hat. Seine Rede an der Vollversammlung der GSoA in gekürzter Form. Von Peter Pilz (aufgezeichnet von Andreas Weibel)

Wie Sie wissen, handelt es sich beim Eurofighter der Firma EADS um einen Jagdbomber, der im Prinzip nichts anderes als ein tief fliegender Computer ist und mehrere militärische Rollen erfüllt. Erstens kann er zur Luftraumüberwachung eingesetzt werden, das heisst er dient der teuersten Form der Fotografie, die weltweit bekannt ist. Es ist der österreichischen Luftwaffe «gelungen», in der Zeit der illegalen CIA-Überflüge ein einziges Farbfoto zur Iden-

tifikation einer solchen Maschine herzustellen. In der gleichen Zeit konnten wir in Kooperation mit der zivilen Luftraumkontrolle der Schweiz mehr als 200 derartige Luftraumverletzungen dokumentieren. Für die Luftraumüberwachung braucht es die teuren Jets also nicht. Die zweite Rolle ist die eines klassischen Abfangjägers, das heisst der Eurofighter schiesst feindliche Kampfflugzeuge ab. Das ist unrealistisch, denn in Zeiten der sogenannten asymmetrischen Bedrohung stellen eher ungeschützte Atomkraftwerke eine Gefahr dar. Einen Angriff auf ein AKW kann auch ein noch so hochgerüsteter Kampffjet nicht verhindern. Es ist höchst unwahrscheinlich, dass ein Terrorist während der EM das Letzigrund-Stadion mit einem Kampfflugzeug attackiert. Für die dritte Rolle, diejenige des Jagdbombers, hat mein Land laut einhelliger Meinung der österreichischen Militärplaner keinen Bedarf, da diese Rolle einzig bei internationalen Kampfeinsätzen zum Tragen käme; und diese sind weder geplant noch denkbar.

Es stellt sich also die Frage: Wie kommt die Republik Österreich zu Jagdbombern, die sie militärisch nicht braucht? Warum setzt sich der Finanzminister gegen den Verteidigungsminister durch, der sich bereits für den wesentlich billigeren Saab Gripen entschieden hatte? Wie konnte es geschehen, dass 90 Prozent der versprochenen Gegengeschäfte schlussendlich gar nicht zu Stande kamen?

Verdächtige Geschäftsnetzwerke

Die Schweiz wird mit ähnlichen Entwicklungen zu rechnen haben, die wir in Österreich parlamentarisch untersuchen mussten. Die Untersuchung wurde im Frühsommer letzten Jahres abgebrochen, just in jenem Moment, als wir erstmals konkrete Verdachtsmomente für Schmiergeldzahlungen von EADS an den damaligen Chef der Luftstreitkräfte nachweisen konnten. Die diesbezügliche gerichtliche Untersuchung ist noch am Laufen. Wir haben weitergeforscht und sind auf Fir-

men gestossen, deren Funktion wir uns nicht erklären konnten. Das Netzwerk besteht aus einer Firma namens Euro Business Development, welche von EADS damit beauftragt war, die Geschäfte mit Österreich abzuwickeln. Via zwei Wiener Waffenhändler ist dieses Unternehmen mit einer weiteren Firma namens Vector Aerospace in London verbunden. Die Firma verfügt über keine Beschäftigten, an der Adresse in London ist sie nicht zu finden, aber in den zwei entscheidenden Jahren das Eurofighter-Deals hat sie 40 Millionen Euro umgesetzt. Für diese Transaktion gibt es keine legale Begründung. Die harmlosere Erklärung wäre, dass es sich dabei um geheime, vertragswidrige Provisionen handelt. Die andere Erklärung heisst Schmiergeld. Erfahrungsgemäss machen Geldflüsse dieser Art bei grossen Beschaffungsgeschäften immer rund zwei bis drei Prozent der Auftragssumme aus. Ich würde Ihnen deshalb wärmstens empfehlen, solche Netzwerke auch in der Schweiz im Auge zu behalten.

Absurde Zahlen

Der Eurofighter-Skandal in meinem Land ist schon schlimm genug. Wenn zwei Milliarden Euro im Gesundheitswesen oder im Bildungswesen fehlen, dann macht das einen spürbaren Unterschied. Wenn ich aber sehe, welche Fantazahlen das Schweizer Verteidigungsministerium herumreicht, wonach 33 Kampffjets der dritten Generation für 2.2 Milliarden Franken beschafft werden könnten, dann würde ich mich dringend fragen, wer hier ein Interesse daran hat, die Schweizer SteuerzahlerInnen mit so absurden Zahlen zu täuschen.

In Österreich verfügen wir im Gegensatz zu Ihnen leider nicht über die Mittel der direkten Demokratie, um diesem Geschäft schnell einen Riegel zu schieben. Wenn Sie das gscheit machen, dann nutzen Sie Ihre direktdemokratischen Möglichkeiten und schauen Sie, dass es gar nicht so weit kommt wie in Österreich. Dazu wünsche ich Ihnen alles Glück dieser Welt.

Club der 100

Hilf auch Du mit! Sammle 100 Unterschriften (oder mehr!) und werde damit Mitglied im Sammelclub gegen neue Kampfflugzeuge. Und so funktioniert es: Schicke den ausgefüllten Talon an die GSoA und wir schicken Dir deine Sammelbogen. Lass Deine Schwester, Deinen Kioskverkäufer, Deine Arbeitskollegin, Deinen Schwager, Deine Kaminfegerin und alle Deine FreundInnen die Initiative unterschreiben. Sende Deine 100 Unterschriften bis zum 1. September 2008 ein. Du nimmst damit an der Verlosung vieler schöner GSoA-Geschenke teil!

Ja, ich möchte Mitglied werden im Club der 100 und sammle bis zum 1. September 2008 100 Unterschriften:

Name / Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

E-Mail: _____

Tel.: _____

Einschicken an: **GSoA, Postfach 6348, 3001 Bern** oder ein Mail schreiben an bern@gsoa.ch

ARMEEWAFFEN

Kantone setzen Bund unter Druck

Die Volksinitiative «für den Schutz vor Waffengewalt» kommt rasch voran. Einzelne Kantone wollen die freiwillige Lagerung der Armeewaffen im Zeughaus ermöglichen. Von Bettina Surber

Bereits über 90'000 Unterschriften wurden für die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt» gesammelt. Der grosse Rückhalt des Initiativanliegens in der Bevölkerung zeigt, dass in Bezug auf die Armeewaffen dringend Handlungsbedarf besteht. Ob dies auch die Mehrheit der Mitglieder von National- und Ständerat einsieht, wird sich in der angekündigten Sonderdebatte zeigen. In dieser werden sämtliche Forderungen der Initiative – vom Bedarfs- und Fähigkeitsnachweis für den Erwerb

einer Waffe bis zum zentralen Waffenregister – einzeln behandelt. Im Zentrum der Debatte wird zweifelsohne die Frage stehen, ob die Armeewaffen künftig im Zeughaus aufbewahrt werden müssen oder ob die Aufbewahrungspflicht nach wie vor bei den Militärdienstpflichtigen liegt.

Warten auf Bundeslösung

Druck auf das Parlament kommt nicht nur von Seiten der Initiativ-Befürworter, sondern auch von den Kantonen. Da eine sichere Aufbewahrung von Armeewaffen in Privatwohnungen kaum möglich ist, sieht der Kanton Genf bereits seit Anfang Jahr die Möglichkeit einer freiwilligen und kostenlosen Hinterlegung im Zeughaus vor. Andere Kantone wollen diesem Beispiel folgen. In den Kantonen Zürich, Wal-

lis, und Schaffhausen stimmten die Parlamente entsprechenden Vorstössen zu. Der Kanton Bern will die Genfer Lösung nicht übernehmen, da sie gegen Bundesrecht verstösst, die Regierung sieht aber die Dringlichkeit des Anliegens ebenfalls und prüft, ob die Kriterien für eine Hinterlegung der Armeewaffe weit ausgelegt werden können. Im Kanton Freiburg ist eine solche weite Auslegung bereits Tatsache – es braucht keine grosse Begründung mehr, um die Waffe hinterlegen zu können. Andere Kantone warten lieber auf eine Bundeslösung. Immerhin, sie warten auf eine Lösung. Es ist nun am Bund, eine solche zu schaffen. Und zwar keine halbe Lösung mehr, sondern eine wirkliche. Und die kann nur heissen: Armeewaffen ins Zeughaus.

KRIEGSMATERIALAUSFUHREN 2007

Schweiz fördert Konflikte

Die Schweizer Waffenausfuhren nahmen im Vergleich zum Vorjahr weiter zu. Die Schweiz exportierte wiederum Kriegsmaterial in kriegführende Länder. Auch Staaten, welche die Menschenrechte mit Füssen treten, wurden beliefert. Von Tom Cassee

2007 haben die Ausfuhren von Kriegsmaterial gegenüber dem Vorjahr um 17 Prozent zugenommen. Für 464.5 Millionen Franken wurden Waffen in 66 Länder geliefert. Auf der Liste der Empfängerländer figurieren einmal mehr Staaten, die sich in Konflikten oder Kriegen befinden oder von Diktatoren regiert werden. Angesichts der angespannten Situation und der teilweise offen ausgetragenen Konflikte im Nahen Osten müsste die Schweiz im Rahmen einer weitsichtigen Exportpolitik Waffenlieferungen in diese Region untersagen. Doch auf der Liste der Empfängerländer 2007 sind diverse Staaten dieser Region zu finden: Die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Oman, Saudi-Arabien und Ägypten.

Waffen für die Kriege im Irak und in Afghanistan

Wie in den Vorjahren ging der grösste Teil der Waffenlieferungen an Länder, welche im Irak oder in Afghanistan Krieg führen. Damit unterstützt die Schweiz den sogenannten «war on terror», bei dem es primär um die Sicherung von Rohstoffen und deren Transportwegen geht. Es ist heuchlerisch, dass die Schweiz einerseits ihre zwei Offiziere aus Afghanistan mit der Begründung zurückzieht, dass sich die NATO-Mission «in eine Operation zur Bekämpfung der Aufständischen» verwandelt habe, andererseits aber den kriegführenden Ländern Waffen für ihre Truppen in Afghanistan zur Verfügung stellt.

Seit Anfang 2006 kann ausgedientes Kriegsmaterial ohne Auflagen bezüglich der Weiterverwendung an das Herstellerland zurückverkauft werden; damit wurde das Schweizer Kriegsmaterialgesetz weiter verwässert. 2007 hat die Schweiz sechs Kampfflugzeuge Tiger F-5 an die USA zurückverkauft. Die USA haben freie Hand, diese Flugzeuge entweder an einem ihrer Kriegsschauplätze einzusetzen oder

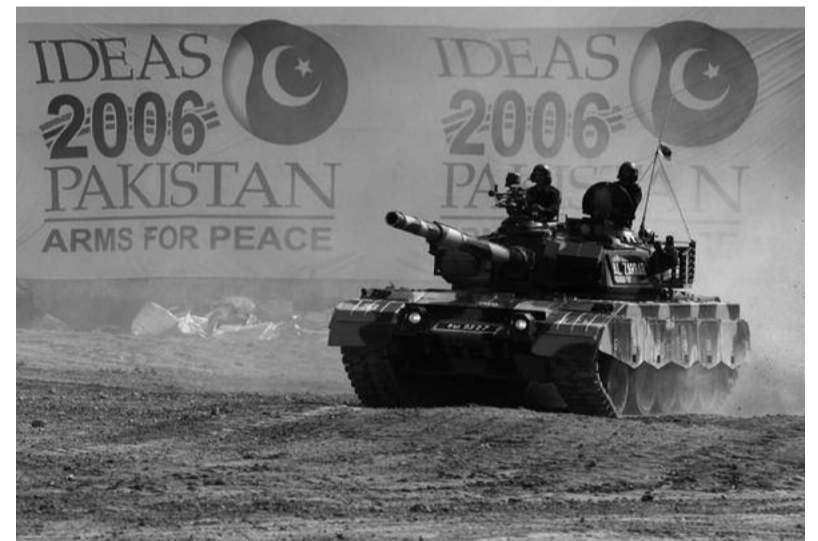
an ein Land zu liefern, welches von der Schweiz aus nicht direkt beliefert werden dürfte.

Skandalöse Bewilligung

Der Bundesrat hat im April 2008 entschieden, die suspendierte Bewilligung für die Lieferung von Flugabwehrkanonen nach Pakistan wieder freizugeben. Zwar hatte er zuvor mit der Ankündigung, keine neuen Ausfuhrbewilligungen mehr zu erteilen, anerkannt, dass die Men-

schenrechtslage und die politische Situation keine Schweizer Waffenexporte nach Pakistan zulassen. Doch anstatt die Ankündigung konsequent umzusetzen, macht der Bundesrat für Oerlikon Contraves eine Ausnahme und erlaubt es der Waffenschmiede, für 156 Millionen Franken Flugabwehrkanonen zu exportieren. Somit werden einmal mehr die Geschäftsinteressen der Waffenindustrie höher gewichtet als Menschenrechte und Demokratie.

Pakistan – ein bevorzugter Kunde der Schweizer Waffenschmieden



BUNDESRAT ZUR KRIEGSMATERIAL-INITIATIVE

Doppelzüngige Haltung

Der Bundesrat lehnt die von der GSoA eingereichte Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» ab. Gleichzeitig behauptet er, dass «die Förderung von Sicherheit und Frieden in der Welt und die Wahrung der Menschenrechte zentrale Ziele der schweizerischen Aussenpolitik» seien. Von Tom Cassee

Die Haltung des Bundesrates zu Waffenexporten ist doppelzüngig: Zwar beteuert er, wie wichtig ihm Frieden und Menschenrechte seien. Er müsste also eigentlich dafür sorgen, dass kein Schweizer Kriegsmaterial in Konflikten und Kriegen eingesetzt wird. Doch weil es im Interesse «der Landesverteidigung und der Sicherheit des Landes» sei, Waffen auszuführen, stellt sich der Bundesrat gegen die Initiative. Ohne Waffenexporte – so sagt er – sei die Schweizer Rüstungsindustrie nicht mehr genü-

gend gross, um die Schweizer Armee im Kriegsfall autonom aufzurüsten. Er verschweigt dabei, dass die Armee in diversen Bereichen längst auf Importe angewiesen ist – so beispielsweise bei der Luftwaffe.

Erster kleiner Erfolg der GSoA-Initiative

Ganz offensichtlich ist sich der Bundesrat seiner Sache nicht allzu sicher und daher versucht er, den politischen Druck für ein Waffenexportverbot mit kleinen Zugeständnissen abzubauen. So soll die Verordnung des Kriegsmaterialgesetzes geändert werden. Die heutige Verordnung besagt lediglich, dass die Aufrechterhaltung des Friedens, die Respektierung der Menschenrechte und weitere Kriterien «berücksichtigt» werden müssen. Damit kann der Bundesrat nach freiem Gutdünken Exporte bewilligen. Nun soll die Verordnung «präzisiert» werden. Eine Arbeitsgruppe im Volkswirtschaftsdepartement wird in den nächsten

Monaten einen Entwurf ausarbeiten. Noch ist ungewiss, ob die angekündigte Präzisierung substantielle Verbesserungen bringen wird: «Bisher ist der Bundesrat als Lobby der Rüstungsindustrie aufgefallen und nicht als Hüter der Menschenrechte», meint GSoA-Vorstand und Nationalrat Josef Lang. «Doch immerhin gesteht nun auch der Bundesrat ein, dass Handlungsbedarf besteht». Klar ist aber, dass nur ein generelles Exportverbot in Zukunft verhindern kann, dass Schweizer Waffen im Ausland töten. Auf Ausfuhren in europäische Länder und in die USA wird der Bundesrat freiwillig sicherlich nicht verzichten wollen. Doch genau diese Staaten führen in Afghanistan oder im Irak Krieg. Die Volksinitiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten», welche zwischen 2009 und 2011 zur Abstimmung kommt, bietet die Gelegenheit, die Schweizer Beteiligung an diesen Kriegen zu beenden.

ARMEE AN DER EURO08

Ausnahmezustand in der Schweiz

Die Armee rechnet während der Euro08 mit dem Einsatz von bis zu 13'000 Soldaten. Vorgesehen sind dabei auch der bewaffnete Objektschutz und die Unterstützung der Bahnpolizei. Von Reto Moosmann

Im März 2007 hat das Parlament den Assistenzdienst der Armee zu Gunsten der Euro08 mit einer maximalen Truppenstärke von 15'000 Mann genehmigt. Damit bewilligten National- und Ständerat trotz Kritik – unter anderem der GSoA – den grössten Einsatz der Armee seit

dem Zweiten Weltkrieg. Wenige Tage vor Beginn der Euro08 ist klar, dass die Armee mit einem Einsatz von bis zu 13'000 Soldaten rechnet. Wo kommen diese Soldaten zum Einsatz und was genau tun sie?

Drei Eskalationsstufen

Betont wird seitens VBS, dass die Einsatzverantwortung bei den zivilen Behörden liege und der Einsatz von Soldaten im Ordnungsdienst ausgeschlossen sei. Das tönt im Ansatz beruhigend. Nur: Die Armee wird auch im Objektschutz eingesetzt und kann – nach Absprache

mit den zivilen Behörden – diesen Dienst auch bewaffnet durchführen. Dieser «subsidiäre Sicherungseinsatz» wird nach «klassifizierten» sogenannten «Rules of Engagement» durchgeführt. Diese sehen drei Eskalationsstufen vor: Der unbewaffnete Objektschutz (Stufe grün), der Objektschutz unter Einsatz der Waffe zur Notwehr (Stufe gelb) sowie zur «Durchsetzung des Auftrages» (Stufe rot). Offen bleibt, ob beim bewaffneten Objektschutz der neue Wachtbefehl (durchgeladene Waffe) gilt oder nicht. Eine entsprechende Interpellation von Nationalrat Josef Lang blieb bis anhin unbeantwortet.

Vielerlei Aufgaben vorgesehen

Besonders problematisch scheint zudem, dass die Armee die Bahnpolizei unterstützen wird. Ein direkter Kontakt zwischen Fussballfans und ZivilistInnen und der Armee kann also nicht ausgeschlossen werden.

Die Armee hat sich den zivilen Behörden in weiteren Bereichen aufgedrängt, so bei der Verkehrsregelung, im Sanitätsdienst, beim Auf- und Abbau von Infrastruktur und mit Schutz- und Spürhunden. Zudem wird die Armee die Grenzwa- che verstärken, «den Luftraum sichern», und sich auf Naturkatastrophen sowie ABC-Angriffe vorbereiten.

Ein ausführlicher Bericht zu den zivilen, militärischen und staatschützerischen Sicherheitsvorkehrungen im Hinblick auf die Euro08 erscheint demnächst in Cilip – Bürgerrechte und Polizei (vgl. untenstehenden Hinweis).

Euro08 – Unübersichtbare Präsenz der Armee



SCHENGEN-ANSCHLUSS

Die Schweiz wird im November den Anschluss an Schengen realisieren. Dafür muss sie bei der EU-Grenzschutzagentur Frontex mitmachen, denn die Frontex-Verordnung ist Teil des rechtlichen «Besitzstandes», an den alle Schengen-Staaten gebunden sind. Operativ wirksam wird Frontex vor allem durch die Koordination von Abschiebungen, an denen mehrere Mitgliedstaaten beteiligt sind, und durch die Steuerung von Grenzüberwachungsoperationen, zu denen die Agentur nun auch schnelle Einsatzgruppen (RABITs) aufbieten kann.

Grund genug, sich genauer mit dem EU-Grenzregime auseinanderzusetzen. Material dazu liefert Heft 89 von «Bürgerrechte & Polizei» mit einem Schwerpunkt über «Europas Grenzen – Innen und Aussen». Ausserhalb des Schwerpunkts berichten Reto Moosmann über die Schweizer Planungen für die Sicherheit der Euro 08 und Martin Beck über Terrorismus-Verfahren gegen G8-GegnerInnen.

Das Einzelheft (112 Seiten) kostet 7,50 Euro.

Bestellungen bei vertrieb@cilip.de

oder telefonisch unter 0049 30 838 70 379;

mehr Infos unter www.cilip.de



GLOSSE

Innerschweizer Filz

Das muss weh tun: Jahrelang hat der Nidwaldner FDP-Nationalrat Edi Engelberger die Kriegsgewinnler der Firma Pilatus in Bundesbern bei allen kritischen Fragen in Schutz genommen und eine Verschärfung der Exportbestimmungen verhindert. Und nun konnten sich ausgerechnet die Konkurrenten von der SVP als die Schutzheiligen der 1200 Arbeiter profilieren, die Pilatus im Kanton Nidwalden beschäftigt. Denn nach der von Bundesrätin Leuthard angekündigten Verschärfung des Güterkontrollgesetzes aufgrund der Kriegseinsätze von Pilatus-Flugzeugen im Tschad, überboten sich die Nidwaldner Parteien im Schüren von Ängsten bezüglich eines Stellenabbaus bei Pilatus. Und wo Ängste geschürt werden, profitiert meistens die SVP - die in Nidwalden auf Kosten der CVP in den Regierungsrat einzog.

Ist das der Dank für Engelbergers unermüdliches Lobbying, das über seine Aktivitäten in Bern weit hinausging? Als Aufsichtsrat der staatlichen Exportförderungsagentur Osec half er mit – in Zusammenarbeit mit den Schweizer Botschaften vor Ort – dass Schweizer Rüstungsfirmen ihre Produkte an Rüstungsmessen auf verschiedenen Kontinenten präsentieren können. Mit dabei natürlich: Pilatus.

All dies tat Engelberger, heute Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, natürlich in vorbildlicher Selbstlosigkeit. Ihm ging es immer nur darum, dass die Familienväter in seinem Kanton nicht auf der Strasse landen und dass die heile Welt in der Innerschweiz bewahrt wird – wenn sie auch anderswo, vielleicht auch wegen ein paar bewaffneten Pilatus-Flugzeugen, ein bisschen Schaden nehmen würde...

Dass Engelbergers Druckerei regelmässig die schönen Jahresberichte und Hochglanzbroschüren der Firma Pilatus drucken darf, ist natürlich reiner Zufall. Ein Schufft, wer anderes vermuten würde und die Rechnungen der Druckerei einmal ganz genau anschauen möchte.

Stefan Luzi

BUNDESRAT SCHMID

Puschlaver Pizzocheri per Helikopter

Das Hotel Albrici in Poschiavo ist ein altherwürdiges Haus. Im Jahre 1680 erbaut, bietet es seinen Gästen nicht nur eine hervorragende Küche, sondern auch die Möglichkeit, an einer hoteleigenen Führung teilzunehmen. Neben allerlei historischen Informationen ist dabei auch weniger Historisches, aber für GSoA-Aktivisten nicht minder Interessantes zu erfahren. Bundesrat Schmid sei ein geringsehener Gast im Hotel Albrici. Der VBS-Chef würde jeweils per Helikopter in das südliche Graubünden fliegen. Und tatsächlich, im Gästebuch bedankt sich Bundesrat Schmid persönlich für die Gastfreundschaft des Hotels und die feinen Erzeugnisse aus Küche und Keller. Dagegen ist nichts einzuwenden. Auch ein Bundesrat hat das Recht, es sich gut gehen zu lassen. Nun darf aber die Frage gestellt werden, welcher Anlass in Zeiten der Klimaerwärmung und der knappen Staatskasse die Anreise per Helikopter rechtfertigen lässt. Das VBS liess auf Anfrage

der GSoA verlauten, dass sich der Bundesrat im Hotel Albrici jeweils mit ausländischen Geschäftsträgern treffe.

Die Rückfrage nach einem eigentlichen «Arbeitstitel» für diese Treffen blieb unbeantwortet. Unverhältnismässig findet das VBS das gewählte Verkehrsmittel nicht. Aus zeitlichen Gründen sei die Anreise im Zug nicht möglich gewesen. Zur Lösung dieses Zeitproblems schlägt die GSoA dem Bundesrat vor, auf die Beschaffung der Kampfflugzeuge zu verzichten. Die Zeitersparnis würde darin liegen, dass keine Argumente erfunden werden müssten, um eine Beschaffung von Kampfflugzeugen zu rechtfertigen, die sich nicht rechtfertigen lässt. Und auch die Treffen mit Rüstungslobbyisten (vielleicht auch im Hotel Albrici), liessen sich einsparen. Dies würde auch die Staatskasse freuen – und das Klima braucht erst recht keine Schweizer Kampffjets.

Martin Parpan

PILATUS «TRAININGSFLUGZEUGE»

Militärflugzeuge für China?

Im April 2008 hat der Bundesrat angekündigt, dass Güterkontrollgesetz zu überarbeiten. Demnach sollen Pilatus-Flugzeuge in Zukunft nicht mehr in Kriegsgebiete exportiert werden dürfen. Bürgerliche Politiker aus der Innerschweiz versuchen die geplanten Verschärfungen zu verhindern. Dahinter steckt ein möglicher Grossauftrag aus China. Von Tom Cassee

Heute verbietet das Güterkontrollgesetz (das unter anderem die Ausfuhr von Pilatus-Militärflugzeugen regelt) Exporte in ein Land nur dann, wenn ein internationales Embargo besteht. Die Ausfuhr eines Pilatus-Flugzeuges in den Tschad hätte der Bundesrat also auf Grund der heutigen Gesetzgebung nicht verbieten können. Neu sollen zusätzliche Verweigerungsgründe ins Gesetz aufgenommen werden: das Vorliegen eines bewaffneten internen oder internationalen Konflikts, sowie die Gefahr des Einsatzes gegen die Zivilbevölkerung. Nicht zuletzt die hängige Volksinitiative «Für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten» scheint den öffentlichen Druck für eine Gesetzesverschärfung erhöht zu haben. Doch statt die Militärflugzeuge dem Kriegsmaterialgesetz zu unterstellen, versucht der Bundesrat mit einer Mini-

mallösung die öffentliche Debatte um die Pilatus-Flugzeuge zu entschärfen. Denn auch mit der angekündigten Gesetzesänderung wären Lieferungen in Länder, welche die Menschenrechte systematisch verletzen, weiterhin möglich.

Lieferungen nach China

Im Umfeld der Pilatus-Flugzeugwerke, welche mit China derzeit über eine Lieferung von Pilatus-Flugzeugen verhandeln, reichte dieser Vorschlag, um mit der Verlagerung der Arbeitsplätze zu drohen. Im Nachrichtenmagazin «10vor10» sagte Pilatus-Chef Oskar Schwenk: «Wenn ich höre, dass man mit einem Land, das auf die eigenen Leute losgeht, keinen Vertrag abschliessen darf, dann ist China bereits ausgeschlossen wegen des Tibet-Falls. Der Verwaltungsrat muss überlegen, ob die Schweiz noch ein zuverlässiger Standort für militärische Trainingsflugzeuge ist, oder nicht.» Und der Nidwaldner FDP Nationalrat Edi Engelberger doppelte in der Neuen Luzerner Zeitung nach: «Der Entscheid des Bundesrats ist nicht akzeptabel».

Falls die Existenz von Pilatus tatsächlich davon abhängt, ob Pilatus Militärflugzeuge in Kriegsgebiete liefern darf oder nicht, dann hat die Firma ein echtes Führungsproblem. Doch die Drohung, Arbeitsplätze ins Ausland zu verla-

gern, ist wohl nicht ernst zu nehmen: Im Jahr 2006 betrug der militärische Anteil am Gesamtumsatz nur 19 Prozent; der grösste Kunde der militärischen Sparte ist die Schweizer Armee. Die Abhängigkeit der Pilatus-Flugzeugwerke vom Auslandsgeschäft mit militärischen Flugzeugen ist weitaus geringer, als von Pilatus immer behauptet.

Sollten tatsächlich Aufstandsbekämpfungs-Flugzeuge nach China verkauft werden, wäre dies der endgültige Bankrott einer von Menschenrechten und Solidarität geleiteten Aussenpolitik der Schweiz. Die GSoA fordert den Bundesrat dazu auf, das Geschäft mit China nicht zu bewilligen.

BURMA

«Wir geben die Hoffnung nie auf»

Ashin Kovida lebt seit 2006 als politischer Flüchtling in der Schweiz. Er ist Generalsekretär der europäischen Sektion der Internationalen Organisation burmesischer Mönche. Andreas Cassee sprach mit ihm (Ende April - vor der Flutkatastrophe) über die Militärdiktatur und den schwierigen Kampf für die Menschenrechte.

GSoA-Zitig: Im Herbst 2007 war der Aufstand in Burma regelmässig Thema in den westlichen Medien. Unterdessen hat das mediale Interesse nachgelassen. Wie ist die Situation in Burma heute?

Ashin Kovida: Die Situation hat sich erheblich verschlechtert, seit die internationalen Medien nicht mehr präsent sind. Auch wenn kaum darüber berichtet wird, kämpfen die Menschen weiter für die Freiheit. Wir geben die Hoffnung nie auf, auch wenn die Repression überwältigend ist. Tausende von buddhistischen Mönchen und Nonnen werden immer noch vermisst. Die Pagoden sind grösstenteils leer oder von Soldaten besetzt. Laut dem UN-Sondergesandten wurden von September bis Oktober 3'000 bis 4'000 Menschen verhaftet. Von unseren Kontakten in Burma hören wir, dass viele Mönche ihres Amtes enthoben und in Zwangsarbeitslager gebracht wurden. Nonnen wurden auf schreckliche Weise missbraucht.

GSoA-Zitig: Am 10. Mai findet in Burma ein Referendum über eine neue Verfassung statt. Was ist davon zu halten?

Kovida: Es handelt sich um eine Alibi-Übung, um die internationale Gemeinschaft zu täuschen. In Burma selbst vertraut niemand mehr der illegitimen Militärdiktatur. Auch die für 2010 angekündigten Wahlen sehen wir skeptisch. 1990 errang die National League for Democracy von Aung San Suu Kyi einen klaren Sieg, den das Regime aber nicht anerkannte. Bevor es neue Wahlen gibt, sollten die Resultate der vergangenen Wahlen anerkannt werden. Ausserdem kann es ohne Meinungsäusserungsfreiheit keine fairen Wahlen geben.

GSoA-Zitig: Am 20. April wurde berichtet, dass in Rangun zwei Bomben explodierten. Wie ist das einzuordnen?

Kovida: Es ist nach wie vor unklar, wer hinter dem Anschlag steckt. In Burma vermuten viele, dass das Militärregime die Bomben selbst gelegt hat, um den Einmarsch der Armee zu rechtfertigen und die Protestbewegung zu diskreditieren.

GSoA-Zitig: Du bist Generalsekretär der europäischen Sektion der Internationalen Organisation burmesischer Mönche. Was sind eure Ziele?

Kovida: Innerhalb von Burma haben wir kein Recht, die Menschenrechtsverletzungen zu kritisieren. Wer friedlich Respekt und menschlichen Anstand einfordert, riskiert gefoltert oder gar getötet zu werden. Deshalb haben wir im letzten September in New York die internationale Organisation burmesischer Mönche gegründet, um unseren mutigen Brüdern und Schwestern in Burma eine Stimme zu geben und international für die Menschenrechte in Burma zu lobbyieren.

GSoA-Zitig: Wie haltet ihr Kontakt zu euren KollegInnen in Burma?

Kovida: Wir stehen per Email im Kontakt mit verschiedenen Mönchen. Doch das wird zunehmend schwieriger, da das Regime den Internet-Zugang beschränkt.

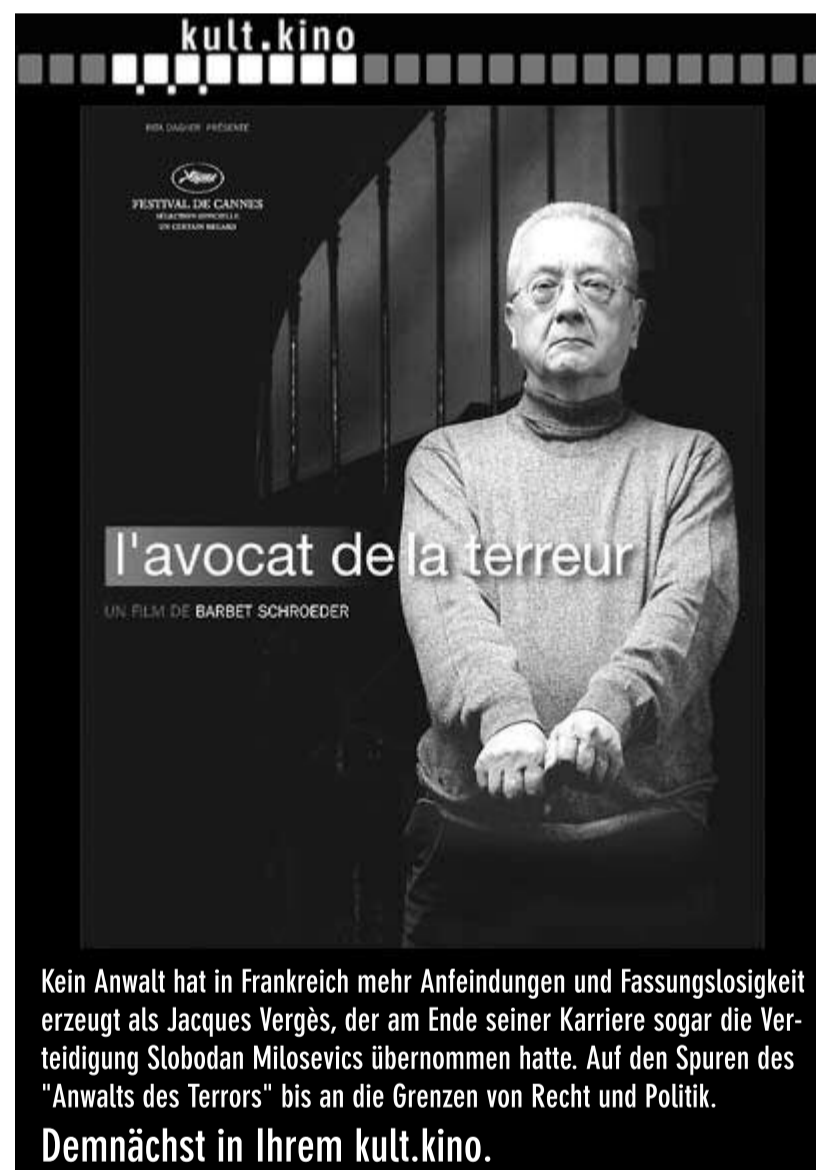
GSoA-Zitig: Am 17. März hast du vor dem UN-Menschenrechtsrat gesprochen. Was sind eure Forderungen an die internationale Gemeinschaft?

Kovida: Der Druck auf das burmesische Regime muss erhöht werden. Konkret fordern wir, dass keine Waffen mehr nach Burma geliefert werden und die Bankkonten der Diktatoren eingefroren werden.

GSoA-Zitig: Welche Rolle spielt die chinesische Regierung?

Kovida: China fürchtet sich vor den Protesten: Nach dem Aufstand von 1988 in Burma kam es 1989 auch in China zu Protesten, die mit dem Massaker auf dem «Platz des himmlischen Friedens» endeten. Und auf die burmesischen Proteste im letzten Herbst folgte der Aufstand in Tibet. China will keine Demokratie in Burma.

GSoA-Zitig: Kovida, herzlichen Dank für das Gespräch.



Buchempfehlung: Etwas Sinnvolles tun

Leider hat die GSoA die Abschaffung der Armee bis jetzt noch nicht geschafft. Doch immerhin gibt es seit einigen Jahren die Möglichkeit, Zivildienst zu leisten. Statt im Schlamm herumrobren und den Feind zu suchen, kann in Spitälern, Heimen, bei Bergbauern oder Umweltschutzorganisationen Dienst für eine gute Sache geleistet werden.

Wie vorgegangen werden muss, um Zivildienst leisten zu können, beschreibt Ruedi Winet in seinem Buch «Etwas Sinnvolles tun». Er beschreibt den Weg vom Entscheid, Zivildienst leisten zu wollen, bis hin zur konkreten Dienstleistung. Der Autor behandelt in seinem Buch aber auch noch weitere nützliche Themen wie Militärdienstuntauglichkeit, waffenlosen Militärdienst und den Zwang zum Weitermachen ein. Das Buch kann man bei der Beratungsstelle für

Militärverweigerung und Zivildienst für 20 Franken bestellen: beratungsstelle@zivildienst.ch oder 044 450 37 37



Wir sind auf Spenden angewiesen!

Die GSoA sammelt derzeit Unterschriften für die Initiative «für den Schutz vor Waffengewalt», welche die Sturmgewehre ins Zeughaus verbannen will. Dabei sind wir auf Spendengelder angewiesen, da wir Unterschriftenbogen und andere Drucksachen herstellen müssen.

Bereits stecken wir mitten in den Vorbereitungen für die Initiative «gegen neue Kampfflugzeuge», welche ab Mitte Juni gesammelt wird. Bei dieser Initiative wird die GSoA das Sekretariat übernehmen, was bedeutet, dass wir einen

bedeutenden finanziellen Aufwand durch die Beglaubigung der Unterschriften zu tragen haben. Daneben gilt es natürlich auch hier wieder genügend Unterschriftenbogen und Kampagnenmaterial zu produzieren.

Mit Deinem Geldbeitrag ermöglichst Du es uns, weitere StimmbürgerInnen von unseren Anliegen zu überzeugen. Mit einer kleineren oder grösseren Spende per beiliegendem Einzugschein trägst Du unmittelbar zum Erfolg der GSoA-Initiativen bei. Herzlichen Dank!

Unterschriften sammeln in deiner Stadt

Im Juni startet die GSoA ihre neue Initiative «gegen neue Kampfflugzeuge». Für den Erfolg dieses Initiativprojektes sind wir auf Deine tatkräftige Unterstützung angewiesen. Das Zustandekommen der GSoA-Initiativen hängt immer vom freiwilligen Engagement unzähliger HelferInnen und SympathisantInnen ab. Viele Unterschriftensammelaktionen werden von den GSoA-Regionalgruppen in den grössten Schweizer Städten durchgeführt. Sie bieten Dir eine gute Gelegenheit, um in einer

Gruppe mit Gleichgesinnten gemeinsam für Deine Anliegen aktiv zu werden.

Folgende Regionalgruppen würden sich über Deine Unterstützung freuen:

basel@gsoa.ch • bern@gsoa.ch
gssa@gsoa.ch (Westschweiz) • luzern@gsoa.ch
st.gallen@gsoa.ch • winterthur@gsoa.ch
zuerich@gsoa.ch



GSoA-Material...

Panzerknacker Die RS-Broschüre der GSoA kostenlos	Friedensfahnen Peace, Peace Fr. 12.-
«Etwas Sinnvolles tun» Handbuch zum Zivildienst Fr. 32.-	GSoA-Sackmesser 8-teilig Fr. 25.-

Das T-Shirt gegen die Waffenlobby

Werde auch Du ein Teil der Waffenvernichtungsmassen. Bestell Dir mit untenstehendem Talon das T-Shirt zur Initiative «für ein Verbot von Kriegsmaterial-Exporten». Erhältlich in 4 Grössen für Frauen und Männer. Preis: 28.- Franken.



Bestelltalon (Bei Bestellungen aus dem Militär bitte auch Privatadresse angeben)

Name/Vorname _____

Strasse/Nummer _____

PLZ, Wohnort _____

Tel./E-Mail _____

Anzahl	Bezeichnung	Grösse	Einzelpreis	Total
	T-Shirt «If war is...»	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Frauen	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	Waffenvernichtungsmassen Männer	<input type="checkbox"/> S <input type="checkbox"/> M <input type="checkbox"/> L <input type="checkbox"/> XL	Fr. 28.-	
	GSoA-Sackmesser	<input type="checkbox"/>	Fr. 25.-	
	Friedensfahne	<input type="checkbox"/> eng. <input type="checkbox"/> it.	Fr. 12.-	
	Doppelfahne arabisch-hebräisch		Fr. 15.-	
	Panzerknacker		kostenlos	
	Unterschriftenbogen Waffeninitiative		kostenlos	
	Faltprospekt Waffeninitiative		kostenlos	
	Argumentarium Waffeninitiative		kostenlos	
	Spende	<input type="checkbox"/> Fr. 50.- <input type="checkbox"/> Fr. 20.- <input type="checkbox"/> Fr. 10.-		
	Versandkostenanteil			Fr. 4.80
Rechnungsbetrag				

Einsenden an: **GSoA, Postfach, 8031 Zürich, Tel. 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12**



Impressum

Redaktion:
Patrick Angele (pa), Felix Birchler (fb, verantwortlich)
David Buchmann (db), Andreas Cassee (ac),
Tom Cassee (tc), Josef Lang (jl), Stefan Luzi (sl),
Stephan Marti (sm), Reto Moosmann (rm),
Martin Parpan (mp), Nina Regli (nr), Rahel Ruch (rr),
Tobia Schnebli (ts), Bettina Surber (bs),
Andreas Weibel (aw)

Cartoons: Oger

Layout: Regula Meili, Wetzikon

Druck: ROPRESS Zürich

Auflage: 20 000, mindestens viermal jährlich

Mitgliederbeitrag (inkl. Zitigs-Abo)
Verdienende Fr. 100.- / Nichtverdienende Fr. 50.-

Jahresabonnement GSoA-Zitig: Fr. 20.- / 10.-

PC-Konto: PC 40-37315-5

Verlag: GSoA, Postfach, 8031 Zürich
Telefon 044 273 01 00, Fax 044 273 02 12
E-Mail: gsoa@gsoa.ch, Internet: www.gsoa.ch

Die Artikel dieser Zeitung unterstehen einer Creative-Commons Lizenz. Für nicht-kommerzielle Zwecke können sie mit Quellenangabe frei verwendet werden.

LeserInnenbriefe, Lob und Kritik sind willkommen. Bitte melden Sie uns Adressänderungen, falsche und/oder doppelte Adressen.